



Dieses Bild war bei einer Corona-Demonstration in Zusmarshausen entstanden. Fotos: Marcus Merk (Archivbild), Philipp Kinne

Was von den Corona-Demos übrig bleibt

Aus einer größeren Protestbewegung wurde eine kleine, aber gut organisierte Gruppe.
Um die Pandemie geht es ihr längst nicht mehr. Worum dann?

Von Philipp Kinne

Landkreis Augsburg Ein paar Autofahrer hupen, als sie die Schilder am Straßenrand entdecken. Die allermeisten fahren einfach vorbei, während die 14 Demonstrierenden entlang der Wertinger Straße ihre Schilder in Richtung Straße halten. Weshalb sie dort stehen? Eindeutig ist das nicht. „Bargeld weg ist Freiheit weg“, steht auf einem der Schilder. „Wer sprengte Nordstream 2?“ auf einem anderen. Oder: „Nein zur Energiewende“. Von Corona oder Pandemie ist jedenfalls kein Wort mehr zu lesen. Dabei ist die Gruppe in Zusmarshausen sozusagen der harte Kern, der von den einst deutlich größeren Corona-Demos übrig blieb.

Im Sommer 2021 erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt. Zeitweise zogen mehr als hundert Demonstrierende durch Zusmarshausen, das als Hochburg der Initiativen galt. Damals waren ihre Forderungen noch eindeutiger. Augenscheinlich ging es den allermeisten damals um die Abschaffung verschiedener Maßnahmen während der Pandemie. Um ein Ende der Maskenpflicht etwa oder um das Abschaffen der damals be-

stehenden Testpflicht an Schulen. Unter den Demonstrierenden waren aber auch Menschen, die die Existenz des potenziell gefährlichen Coronavirus abtritten – sogenannte Corona-Leugner. Auf einer der größten dieser Demos in Zusmarshausen sprach ein Redner, der vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, weil er als Reichsbürger galt. Im Ort gab es große Aufregung um die Demonstrierenden, von denen sich der Bürgermeister öffentlich distanzierte. Einige der Teilnehmenden fühlten



Organisatorin Christine Stadler beim „Schilderwald“ in Zusmarshausen. Die Demonstranten haben sehr unterschiedliche Botschaften.

sich in die politisch rechte Ecke gestellt.

Später wurde aus den zunächst bei der Polizei angemeldeten Demonstrationen eine mehr und mehr diffuse Bewegung. In vielen Orten im Augsburger Land formierten sich sogenannte „Spaziergänger“. Anders als der Begriff vermuten lässt, ging es dabei nie wirklich ums Spaziergehen. Es handelt sich vielmehr um meist unangemeldete Treffen, die politisch motiviert sind. Woche für Woche zogen etwa in Fischach rund 150 Menschen durch die Straßen. Ähnliche Bilder von Menschen, die sich während der Pandemie in ihren Freiheitsrechten beschränkt fühlten, entstanden in Schwabmünchen, Langweid oder Stadtbergen. Inzwischen sind praktisch alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Corona aufgehoben. Und jetzt?

Weil die „Spaziergänger“ sich in der Regel nicht anmelden, hat die Polizei keinen genauen Überblick über deren Aktionen. Es sei aber davon auszugehen, dass die Zahl der Teilnehmenden im Landkreis maximal im zweistelligen Bereich liegt, erklärt ein Sprecher der Polizei. Im Gebiet der Polizei Gersthofen sind aktuell keine Demonstra-

tionen in diesem Zusammenhang angemeldet. Im Bereich der Zusmarshäuser Polizei ist der „Schilderwald“ die einzig angemeldete Demonstration, weiß Polizeichef Raimund Pauli. Die Veranstaltung gab es in ähnlicher Form bis zum vergangenen Winter. „Mit sinkenden Temperaturen sind die Teilnehmer verschwunden“, sagt Pauli. Seit vergangener Woche ist der „Schilderwald“ entlang der Wertinger Straße wieder angemeldet.

Beinahe jeden Tag gebe es in der weiteren Umgebung ähnliche Veranstaltungen, erzählen die Demonstrierenden. Sie berichten von Treffen in Wertingen, Welden, Burgau oder Fischach. Jeden Samstag treffe man sich in Augsburg. Nach Angaben der Polizei versammeln sich dort wöchentlich ein paar Hundert Menschen, um gegen verschiedene politische Themen zu demonstrieren. Zu Hochzeiten der Pandemie waren es mehrere Tausend, die durch die Innenstadt zogen, teils auch unangemeldet.

Aus Hunderten Demonstranten wurde inzwischen eine kleine, aber gut organisierte Gruppe. Verabredet wird sich vornehmlich über das Netzwerk Telegram, so Organisatorin Christine Stadler. Die

Heilpraktikerin hat die Teilnehmenden des „Schilderwalds“ in Zusmarshausen zusammengetrommelt.

Sie kennen sich inzwischen gut. Einige der Teilnehmenden bei „Schilderwald“ erzählen, dass sie beinahe jeden Tag auf ähnlichen Veranstaltungen sind. „Das ist schon so was wie ein Hobby“, meint ein älterer Mann. Weshalb er am Straßenrand in Zusmarshausen steht? „Ich bin gegen Krieg“, sagt er zunächst. Dann erzählt er, dass er früher auf Anti-Atomkraft-Demos unterwegs war. Heute geht es ihm um viel mehr. Der Mann spricht von einer „globalen Finanzelite“, welche die Welt angeblich steuert. Hinter den großen Krisen unserer Zeit sieht er eine Verschwörung. „Im Prinzip geht es darum, dass die Leute nicht kapieren, was alles abläuft“, meint der Demonstrant.

Organisatorin Christine Stadler klingt da etwas versöhnlicher. „Wir können doch alle miteinander reden“, findet sie. „Wir sind nicht einfach gegen alles.“ Angemeldet hat sie die Veranstaltung, die in Zusmarshausen nun wöchentlich stattfinden soll, unter dem Sammelbegriff „politische Situation.“ Corona hin oder her.

Angeklagter freut sich über Verdoppelung der Strafe

Ein 58-Jähriger aus dem westlichen Landkreis erhält wegen des Verbreitens antisemitischer Fotos einen Strafbefehl über 4800 Euro. Nun lautet das Urteil auf 9000 Euro, doch Angeklagter und Verteidigung sind zufrieden.

Von Matthias Schalla

Landkreis Augsburg Selten dürfte sich wahrscheinlich ein Angeklagter darüber freuen, wenn der Richter in seinem Urteil die Geldstrafe nahezu verdoppelt. Bei dem 58-Jährigen aus dem westlichen Landkreis Augsburg, der am Montag wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen und Volksverhetzung vor Gericht stand, war dies der Fall. Auf 9000 Euro statt auf 4800 lautet nun der Strafbefehl, gegen den der selbstständige Kaufmann zuvor Einspruch eingelegt hatte. Der 58-Jährige und sein Verteidiger Stefan Radmacher waren dennoch zufrieden. Schließlich wurden jetzt lediglich 90 statt der ursprünglichen 120 Tagessätze zugrunde gelegt. Für die antisemitischen Fotos, die

der Angeklagte in einer WhatsApp-Gruppe gepostet hatte, fanden Richter und Staatsanwalt aber deutliche Worte.

„Die Bilder sind unterste Schublade und unter aller Sau“, sagte Richter Daniel Grimm. Im Dezember 2020 hielt sich der Angeklagte in einem Hotel in Istanbul auf und war nach eigenen Angaben stark alkoholisiert. Binnen einer halben Stunde schickte er dann an seine WhatsApp-Gruppe mit 274 Mitgliedern unter anderem Bilder von Adolf Hitler mit Hakenkreuz und einem Lkw, auf dem tote Menschen gestapelt sind. Darunter stand: „Über for Jews.“ Ein anderes Foto wiederum zeigte eine Werbung für Gasöfen, die in englischer Sprache dafür warb, dass der Betrieb sechs Millionen Einsätze garantiere. „Unverantwortlich und besonders verachtenswert“, nannte auch Oberstaatsanwalt Günther

Zechmann diese Aufnahmen. Sichtlich betroffen nahm der Angeklagte die Vorwürfe zur Kenntnis. „Mein Mandant hatte zu dem Zeitpunkt sehr viel Alkohol getrunken“, erklärte sein Verteidiger. Dies solle zwar nichts beschönigen, aber der 58-Jährige sei alles andere als ein Antisemit oder Rassist. Schließlich habe er sogar Freunde in Israel und würde regelmäßig an gemeinnützige jüdische Organisationen spenden. „Er hat einen Riesenfehler gemacht, aber jetzt droht durch den Strafbefehl seine Existenz vernichtet zu werden.“ Gegen die 120 Tagessätze a 40 Euro hatte der Angeklagte daher Einspruch eingelegt, da er in dem Fall als vorbestraft gelten würde. Eindringlich versuchte der 58-Jährige daher, ein Strafmaß von maximal 90 Tagessätzen zu erreichen und räumte reumütig alles ein. „Es ist passiert, dazu stehe

ich“, sagte er. Warum er die Bilder gepostet habe, könne er heute nicht mehr sagen. Es sei ihm jedoch furchtbar peinlich. Schließlich wolle er im Sommer wieder nach Israel fliegen, um dort Freunde zu besuchen. Auch die WhatsApp-Gruppe, an die er die furchtbaren Bilder gepostet habe, sei keine rechtsextreme Vereinigung, sondern lediglich ein Forum für befreundete Motorradfahrer. „Fanden Sie die Fotos etwa witzig?“, fragte ihn Grimm und bat alle Beteiligten zur Inaugenscheinnahme der Posts an den Richtertisch. „Widerlich“, sagte der Angeklagte sichtlich betroffen. Schnell wurde klar, dass die Verteidigung ihren Einspruch auf die Rechtsfolgen beschränken würde. Mit anderen Worten: Die Tat wird vollumfänglich eingeräumt, lediglich die Höhe des Strafbefehls steht auf dem Prüfstand. Oder wie Richter

Grimm es ausdrückte: „Das, was hinten dabei rauskommt.“ An eine Einstellung des Verfahrens sei aber keinesfalls zu denken.

Oberstaatsanwalt Günther Zechmann plädierte allerdings weiterhin für 120 Tagessätze. Aufgrund der offengelegten Einkommensverhältnisse des Angeklagten sogar um jeweils 100 Euro, statt wie zuvor 40 Euro. Die Verteidigung hingegen betonte in ihrem Plädoyer mehrfach, wie reumütig der Angeklagte sei, dass er „eine ehrliche Haut ist“ und während des gesamten Prozesses „nicht rumgeeiert“ habe. Richter Grimm folgte schließlich in seinem Urteil dem Wunsch der Verteidigung und setzte 90 Tagessätze a 100 Euro fest. „9000 Euro tun weh – aber das müssen sie auch“, sagte er und der Angeklagte nickte. Noch im Gerichtssaal erklärte er, das Urteil anzunehmen.

Kommentar

Vom Streik war im Augsburger Land wenig zu spüren



Von Christoph Frey

Im Pendlers-Landkreis Augsburg, in dem werktags Zehntausende eine Fahrt zum Arbeitsplatz unternehmen, haben sich die negativen Auswirkungen des großen Nahverkehrstreiks in Grenzen gehalten. Das hat Gründe. Zum einen sind regionale Busunternehmen größtenteils nicht von dem Warnstreik betroffen gewesen. Zum anderen spielen die Öffentlichen im Verkehrsgeschehen rund um Augsburg nur eine Nebenrolle. Der Großteil der Pendler fährt mit dem Auto und das natürlich erst recht, wenn Lokführer und Busfahrer im Ausstand sind. Hinzu kommt: Ein Tag lässt sich schon mal überbrücken. Würde der Ausstand länger dauern, wäre er auch im autoaffinen Augsburger Land stärker zu spüren – vor allem rund um Augsburg. Im Kreis Augsburg soll das Nahverkehrsangebot übrigens in den kommenden Jahren ausgebaut werden. So hat es der Landkreis in einem Mobilitätskonzept beschlossen. Dessen Kurzfassung: Mehr Radwege und ein besserer öffentlicher Nahverkehr sollen den Anteil des Autoverkehrs drücken helfen und die Umwelt schonen. Für dieses hehre Ziel nun sind Streiks oder monatelange Baustellen-Ausfälle auf Bahnstrecken alles andere als eine Werbeveranstaltung. [Seite 38](#)

Drängler auf der B2 rastet bei Meitingen aus und schlägt zu

Meitingen Ein aggressiver Autofahrer ist am Freitag auf der B2 ausgerastet. Der junge Mann fuhr gegen 17 Uhr in seinem schwarzen BMW M5 zunächst einem 56-Jährigen ganz dicht auf und bedrängte ihn mit der Lichtthupe. Als der Vordermann bei Meitingen-Nord die B2 verließ und auf Parkplatz an der Via Claudia anhielt, eskalierte die Situation. Das teilte die Polizei am Montag mit. Der BMW-Fahrer war dem 56-Jährigen gefolgt und hielt neben ihm an. Anschließend stieg der etwa 20-jährige Drängler aus, packte den ebenfalls aus seinem Fahrzeug gestiegenen 56-Jährigen, packte ihn am Kragen und schlug ihm zweimal mit der flachen Hand ins Gesicht. Zudem drohte ihm laut Polizei der Täter mit ausländischem Akzent, er werde ihn durch Augsburg ziehen und ihn umbringen. Die Fahndung nach dem Fahrer des schwarzen BMW mit französischem Kennzeichen verlief bislang erfolglos. (thia)

Blaulichtreport

Gersthofen

Bettlerin bestiehlt hilfreiche Seniorin

Eine etwa 60 Jahre alte Frau klingelte am Samstag um 13 Uhr an der Haustür eines älteren Ehepaares in Gersthofen. Wortlos gab die Frau der 82-jährigen Seniorin zu verstehen, dass sie etwas zu essen möchte. Die 82-Jährige holte daraufhin aus ihrer Wohnung einen Euro und gab ihn der Bettlerin. Kaum war die weg, bemerkte die 82-Jährige, dass der Geldbeutel ihres Mannes weg war. Der Diebstahlschaden beläuft sich laut Polizei auf rund 150 Euro. (thia)